

## Niederschrift

über die 41. Sitzung des Kreistages des Landkreises Coburg  
(öffentlicher Teil) am Donnerstag, 27.02.2025, 15:08 Uhr – 16:35 Uhr,  
im Landratsamt Coburg, Lauterer Straße 60, 96450 Coburg, Sitzungssaal E 30

Zahl der Mitglieder des Kreistages: 61

### Anwesend:

#### Vorsitzender

Sebastian Straubel, 96486 Lautertal

#### Aus der Fraktion der CSU/LV

Heidi Bauersachs, 96484 Meeder  
Gerhard Ehrlich, 96269 Großheirath  
Christine Heider, 96482 Ahorn  
Kathrin Heike, 96465 Neustadt b. Coburg  
Bernd Höfer, 96484 Meeder  
Michael Keilich, 96242 Sonnefeld  
Nina Liebermann, 96274 Itzgrund  
Rainer Marr, 96242 Sonnefeld  
Rainer Mattern, 96237 Ebersdorf b. Coburg  
Gerd Mücke, 96472 Rödental  
Wolfgang Rebhan, 96465 Neustadt b. Coburg  
Rolf Rosenbauer, 96253 Untersiemau  
Renate Schubart-Eisenhardt, 96145 Seßlach  
Wolfgang Schultheiß, 96269 Großheirath  
Udo Siegel, 96269 Großheirath

#### Aus der Fraktion der SPD

Kanat Akin, 96465 Neustadt b. Coburg  
Axel Dorscht, 96476 Bad Rodach  
Tobias Ehrlicher, 96476 Bad Rodach  
Martin Finzel, 96482 Ahorn  
Ulrike Gunsenheimer, 96269 Großheirath  
Dr. Wolfgang Hasselkus, 96472 Rödental  
Carsten Höllein, 96145 Seßlach  
Alexandra Kemnitzer, 96242 Sonnefeld  
Thomas Lesch, 96472 Rödental  
Frank Rebhan, 96465 Neustadt b. Coburg  
Martin Stingl, 96465 Neustadt b. Coburg

#### Aus der Fraktion der FW

Andreas Carl, 96479 Weitramsdorf  
Michael Fischer, 96476 Bad Rodach  
Ernst-Wilhelm Geiling, 96476 Bad Rodach  
Christian Gunsenheimer, 96479 Weitramsdorf  
Hans-Joachim Lieb, 96472 Rödental  
Rainer Möbus, 96476 Bad Rodach  
Maximilian Neeb, 96145 Seßlach  
Elke Protzmann, 96465 Neustadt b. Coburg  
Bernd Reisenweber, 96237 Ebersdorf b. Coburg  
Marco Steiner, 96472 Rödental

Aus der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Dagmar Escher, 96484 Meeder  
Barbara Lauterbach, 96242 Sonnefeld  
Bernd Lauterbach, 96242 Sonnefeld  
Viktoria Lauterbach, 96242 Sonnefeld  
Ulrich Leicht, 96472 Rödental  
Karin Ritz, 96476 Bad Rodach

Aus der Fraktion der ULB

Udo Döhler, 96472 Rödental  
Karl Kolb, 96486 Lautertal  
Julia Lützelberger, 96486 Lautertal  
Jürgen Wittmann, 96271 Grub a. Forst

Von der AfD

Michael Höpflinger, 96465 Neustadt b. Coburg  
Dietmar Wenzel, 96465 Neustadt b. Coburg

Von der ÖDP

Thomas Büchner, 96465 Neustadt b. Coburg  
Christoph Raabs, 96465 Neustadt b. Coburg

Von Die Linke / Sozial und Bürgernah Coburg-Land

Herbert Müller, 96476 Bad Rodach

Fraktionslos

Bastian Schober, 96465 Neustadt b. Coburg

Als Gäste

Pressevertreter

Aus der Verwaltung

Ulrike Stadter während der gesamten Sitzung  
Frank Altrichter während der gesamten Sitzung  
Berthold Köhler während der gesamten Sitzung  
Christian Kern während der gesamten Sitzung und als Berichterstatter zu TOP Ö 7 bis Ö 9  
Philipp Mitschke während der gesamten Sitzung  
Kerstin Spindler als Berichterstatterin zu TOP Ö 6  
Frances Schrimpf zur Schriftführung

Entschuldigt fehlen:

Christina Bieberbach, 96465 Neustadt b. Coburg  
Martin Mittag, 96145 Seßlach  
Norbert Seitz, 96486 Lautertal  
Max Kräußlich, 96479 Weitramsdorf  
Gerold Strobel, 96476 Bad Rodach  
Werner Zoufal, 96476 Bad Rodach  
Markus Mönch, 96279 Weidhausen b. Coburg  
Thomas Grams, 96465 Neustadt b. Coburg

## **Tagesordnung:**

### **Öffentliche Sitzung**

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit des Kreistages
4. Bekanntgabe der vom Landrat aufgrund des Art. 34 Abs. 3 LKrO seit der letzten Sitzung getroffenen dringlichen Anordnungen und der zwischenzeitlich besorgten unaufschiebbaren Geschäfte
5. Sonstige amtliche Mitteilungen  
Berichterstattung TOP Ö 1 bis TOP Ö 5: Vorsitzender
6. Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Förderung in qualifizierter Kindertagespflege im Landkreis Coburg (Kindertagespflegekostenbeitragssatzung) - Anpassung der Kostenbeiträge in Verbindung mit den angepassten Tagespflegegeldpauschalen  
Vorlage: 004/2025  
Berichterstattung: Kerstin Spindler
7. Beteiligung des Landkreises an connect Neustadt GmbH & Co. KG;  
Jahresabschluss 2023  
Vorlage: 209/2024
8. Investitionsprogramm 2024 - 2028 des Landkreises Coburg  
Vorlage: 014/2025
9. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2025 (Verwaltungs- und Vermögenshaushalt)  
Vorlage: 017/2025  
Berichterstattung TOP Ö 7 bis TOP Ö 9: Christian Kern
10. Anfragen

**Zu Ö 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:08 Uhr.

**Zu Ö 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung**

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Mitglieder des Kreistages am 20.02.2025 ordnungsgemäß zur heutigen Sitzung geladen wurden.

**Zu Ö 3 Feststellung der Beschlussfähigkeit des Kreistages**

Er stellt weiter fest, dass der Kreistag beschlussfähig ist. Näheres ergibt sich aus der Anwesenheitsliste.

**Zu Ö 4 Bekanntgabe der vom Landrat aufgrund des Art. 34 Abs. 3 LKrO seit der letzten Sitzung getroffenen dringlichen Anordnungen und der zwischenzeitlich besorgten unaufschiebbaren Geschäfte**

Keine

**Zu Ö 5 Sonstige amtliche Mitteilungen**

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 10.11.2016 einstimmig beschlossen, von der in § 27 Abs. 22 Umsatzsteuergesetz enthaltenen Optionserklärung Gebrauch zu machen. Die entsprechende Erklärung wurde gegenüber dem Finanzamt abgegeben, damit wurden die bestehenden Regelungen der Umsatzbesteuerung für den Landkreis bis 31.12.2020 beibehalten. Die erstmalige Anwendung der Neuregelungen des § 2b UStG wurden mit diesem Beschluss auf den 01.01.2021 verschoben.

Mit dem sogenannten Corona - Steuerhilfegesetz wurde der Verlängerungszeitraum um zwei Jahre erweitert. Die Anwendung des § 2b UStG sollte somit ab dem 01.01.2023 gelten. Kurz vor Ablauf der Frist hat das Bundesministerium für Finanzen überraschend die nochmalige Verlängerung der Übergangsregelung um weitere zwei Jahre bis 31.12.2024 im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2022 aufgenommen. Bereits im Frühjahr diesen Jahres wurde bekannt, dass auf Vorschlag des Bundesfinanzministeriums die Optionsfrist erneut um weitere 2 Jahre bis Ende des Jahres 2026 verlängert werden soll. Die Verlängerung wurde mit dem Jahressteuergesetz 2024 vom Bundestag beschlossen. Der Bundesrat hat dem am 22.11.2024 zugestimmt.

Durch die erteilte Optionserklärung findet der § 2b UStG frühestens ab dem 01.01.2027 für den Landkreis Coburg Anwendung.

Zu Ö 6 Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Förderung in qualifizierter Kindertagespflege im Landkreis Coburg (Kindertagespflegekostenbeitragssatzung) - Anpassung der Kostenbeiträge in Verbindung mit den angepassten Tagespflegegeldpauschalen

#### Sachverhalt

In § 4 der Satzung über die Förderung in qualifizierter Kindertagespflege im Landkreis Coburg ist geregelt, dass sich Höhe und Umfang der laufenden Geldleistungen nach den jeweils geltenden Empfehlungen des Bayerischen Landkreistages richten.

Mit einer Anhebung der Tagespflegegeldpauschalen verändern sich auch die Kostenbeiträge für die beitragspflichtigen Personen.

Während Satzungsänderungen dem Kreistag zur Beschlussfassung vorgelegt wurden (19.12.2024, Vorlage 182/2024), wurden die Anlagen bislang „nur“ fortgeschrieben.

Um mögliche rechtliche Probleme zu vermeiden, sollen nun die konkreten Zahlbeträge beschlossen werden. Sie sind in den Anlagen 1 und 2 beigefügt.

#### Ressourcen

Die vorgeschlagene Maßnahme ist eine Pflichtaufgabe des Landkreises.

Die Mittel für die Tagespflege sind im Haushaltsplan im Unterabschnitt 4542 veranschlagt.

#### Beschluss

Die Satzung über die Förderung in qualifizierter Tagespflege im Landkreis Coburg und die Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Förderung in qualifizierter Kindertagespflege im Landkreis Coburg (Kindertagespflegekostenbeitragssatzung) – hier insbesondere die konkreten Zahlbeträge – werden in der vorliegenden Fassung beschlossen. Die Satzungen sind Bestandteil des Beschlusses.

Einstimmig

Zu Ö 7 Beteiligung des Landkreises an connect Neustadt GmbH & Co. KG; Jahresabschluss 2023

#### Sachverhalt

Der Landkreis Coburg ist zu 19,23 % als Gesellschafter an der connect Neustadt GmbH & Co. KG beteiligt.

Nach § 11 des Kommanditgesellschaftsvertrags der connect Neustadt GmbH & Co. KG obliegt der Gesellschafterversammlung u. a. die Beschlussfassung über

- a) Feststellung des Jahresabschlusses (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung),
- b) Verwendung des Ergebnisses,
- c) Entlastung der Geschäftsführung.

Damit der Landrat als Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung über die vorstehenden Punkte abstimmen kann, bedarf es einer Ermächtigung durch den Kreistag.

Die elektronische Kopie des Prüfberichtes zum Jahresabschluss 31.12.2023 nebst Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung einschließlich Anhang und Lagebericht steht im elektronischen Sitzungssystem zur Verfügung.

Die Prüfung des Wirtschaftsprüfers hat laut Bestätigungsvermerk vom 02.12.2024 zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt, sodass ein uneingeschränktes Testat erteilt wurde.

Der Aufsichtsrat hat sich in seiner Sitzung am 03.12.2024 beraten und den Jahresabschluss einschließlich Anhang und Lagebericht sowie den Prüfbericht über die gesetzliche Prüfung zum Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2023 zur Kenntnis genommen.

#### **a) Feststellung des Jahresabschlusses**

Der Jahresabschluss der connect Neustadt GmbH & Co. KG weist zum 31.12.2023

in Aktiva und Passiva je 415.761,94 € (Vorjahr: 660.078,41 €)

aus.

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem

Jahresfehlbetrag in Höhe von - 226.011,48 € (Vorjahr: - 233.484,03 €)

ab.

#### **b) Verwendung des Ergebnisses**

Der Jahresfehlbetrag zum 31.12.2023 beträgt - 226.011,48 €. Dieser Betrag wird anteilig in die Privatkonten der Gesellschafter eingestellt. Das bisherige Gesamtkapital in Höhe von 303.048,30 € verringert sich auf insgesamt 76.702,38 €, der Anteil des Landkreises beläuft sich auf 29.379,67 €.

#### **c) Entlastung der Geschäftsführung**

Der Geschäftsführung der connect Neustadt GmbH & Co. KG ist für das Geschäftsjahr 2023 Entlastung zu erteilen.

#### Beschlus

Der Prüfbericht zum Jahresabschluss 31.12.2023 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Eco-vis GmbH für das Geschäftsjahr 2023 der connect Neustadt GmbH & Co. KG wird zur Kenntnis genommen.

Der Landrat oder dessen Stellvertreter wird nachträglich ermächtigt, in der Gesellschafterversammlung folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2023 der connect Neustadt GmbH & Co. KG für das Geschäftsjahr 2022 wird mit

je 415.761,94 € in Aktiva und Passiva und

mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von - 226.011,48 €

festgestellt und genehmigt.

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von - 226.011,48 € wird in die Gesellschafterkonten eingestellt.
3. Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2023 Entlastung erteilt.

Einstimmig

#### Zu Ö 8 Investitionsprogramm 2024 - 2028 des Landkreises Coburg

##### Sachverhalt

Nach Art. 64 LKrO hat der Landkreis seiner Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. Kernstück der Finanzplanung ist ein Investitionsprogramm, das jährlich der Entwicklung anzupassen und fortzuführen ist. Im Investitionsprogramm sind die im Planungszeitraum vorgesehenen Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nach Jahresabschnitten aufzunehmen. Jeder Jahresabschnitt soll die fortzuführenden und neuen Investitionen mit den auf das betreffende Jahr entfallenden Teilbeträgen wiedergeben (§ 24 Abs. 2 KommHV-Kameralistik).

Letztmals am 14.03.2024 hat der Kreistag ein Investitionsprogramm für die Jahre 2023 – 2027 beschlossen.

Den gesetzlichen Vorschriften entsprechend wurde dieses letzte Programm überarbeitet und neu gefasst. Gründe für Veränderungen oder Abweichungen zur früheren Planung sind:

- a) Wegfall des Finanzplanungsjahres 2023 und Neuerfassung des Jahres 2028
- b) Wegfall oder Neuaufnahme oder Umplanung von Maßnahmen
- c) Verschiebung von Maßnahmen innerhalb der Finanzplanungsjahre
- d) neue Erkenntnisse über die Kostenhöhe (z. B. durch Vorlage von konkreten Planungsunterlagen etc.)

Mit Ausnahme der Zuwendungen ist über die Finanzierung der einzelnen Vorhaben im Investitionsprogramm nichts ausgesagt. Es steht jedoch außer Zweifel, dass sie im Zusammenhang mit dem Gesamthaushalt, der Leistungsfähigkeit des Landkreises (und seiner Städte und Gemeinden) sowie auch unter dem Gesichtspunkt des Einsatzes von Fremdmitteln gesehen werden muss (s. auch Finanzplan).

##### Beschluss

Das gemäß Art. 64 LKrO i.V.m. § 24 KommHV-Kameralistik für die Jahre 2024 - 2028 aufgestellte Investitionsprogramm des Landkreises Coburg wird gebilligt. Es ist Bestandteil dieses Beschlusses, ebenso der Finanzplan für die Jahre 2024 – 2028.

Einstimmig

## Zu Ö 9 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2025 (Verwaltungs- und Vermögenshaushalt)

### Sachverhalt

Nach Art. 57 LKrO hat der Landkreis für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen. Diese Haushaltssatzung enthält insbesondere den Gesamtbetrag aller Einnahmen und Ausgaben sowohl des Verwaltungshaushaltes als auch des Vermögenshaushaltes, den Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen und Verpflichtungsermächtigungen sowie Umlagesoll und Umlagesatz der Kreisumlage.

#### **1) Verwaltungshaushalt**

Das Volumen des in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Verwaltungshaushaltes 2025 liegt bei 114.883.400 € (Ansatz Vorjahr: 107.349.880 €, voraussichtliches Ergebnis rd. 106.549.332 €). Die Umlagekraft ist im Landkreis Coburg für das Haushaltsjahr 2025 um weitere 1.368.969 € gestiegen. Aufgrund der gestiegenen Ausgaben für Pflichtaufgaben des Landkreises Coburg bedarf es den Hebesatz der Kreisumlage um mindestens 2,25 v.H. von 46 v.H. auf 48,25 v.H. anzuheben. Die Bezirksumlage steigt um 2,3 v. H. von 19 v. H. auf 21,3 v.H.

#### **2) Vermögenshaushalt**

Das Volumen des in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Vermögenshaushaltes 2025 liegt bei 14.479.400 € (Ansatz Vorjahr: 48.560.000 €, voraussichtliches Ergebnis rd. 34.554.891 €).

Schwerpunkt bei den Ausgaben des Vermögenshaushaltes bilden die Baumaßnahmen (51 %). Davon entfallen 3,9 Mio. € auf den Hochbau und 3,5 Mio. € auf die Tiefbau.

Zu nennen sind hier insbesondere die Sanierung des Beta-Baus am Arnold-Gymnasium in Neustadt b. Coburg sowie der Neubau der Einfachturnhalle, der Umbau am Nebengebäude Garden-City-Straße. Die Neuanlage des Radweges Schafhof - Wohlbach, der Ausbau am Seßlacher Berg (CO 25), der Ausbau Seßlach - Witzmannsberg mit Brücke über den Grundbach (CO 16) sowie der Ausbau OD Heilgersdorf Kirche in Richtung Rothenberg (CO 6).

Für Betriebstechnische Anlagen (insbesondere PV-Anlagen) wurden 507 Tsd. € in den Haushalt mit aufgenommen.

Die Ausgaben des Vermögenshaushalts setzen sich zum Großteil wie folgt zusammen:

	2025 in €	Vorjahr in €
Zuführung zu Rücklagen (Gr. 91 ohne Abfallwirtschaft)	0	0
Gewährung von Darlehen (Gr. 92)	780.000	0
Ausgaben für den Erwerb von Sa- chen des Anlagevermögens (Gr. 93)	1.241.300	947.400
Hochbaumaßnahmen (Gr. 94):	3.884.000	7.569.500
Tiefbaumaßnahmen (Gr. 95):	3.532.500	2.190.000
Betriebstechnische Anlagen (Gr. 96)	507.000	55.000
Tilgung von Krediten (Gr. 97 – ohne Umschuldung)	1.926.000	4.429.000
Investitionskostenzuschüsse /- zuweisungen (Gr. 98)	1.363.000	24.702.610

### 3) Kreditaufnahmen

Kreditaufnahmen zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen werden in Höhe von 846.500 € (Vorjahr: 27.550.700 €) veranschlagt. Die Kreditaufnahme erfolgt auf Basis der bereits in den Vorjahren erteilten Kreditermächtigung.

### 4) Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 4.516.000 € festgesetzt (Vorjahr: 2.560.000 €).

### 5) Weitere Bestandteile

Die übrigen Bestandteile der Haushaltssatzung 2025 bleiben gegenüber dem Vorjahr unverändert.

#### Aus der Beratung

#### Haushaltsrede des Landrats

Wir bringen heute einen Haushalt in diese Beratungen ein, der unter sehr schweren Vorzeichen steht. Die kommunalen Finanzen sind am Limit, die Städte, die Gemeinden, der Landkreis stehen mit dem Rücken finanziell an der Wand. Die Kosten explodieren, vor allem im sozialen Bereich, von der Bundesebene wird immer mehr auf uns heruntergebrochen. Die Kosten laufen uns allen, und damit meine ich auch die Kommunen, davon – kurz: wir tun uns mehr als schwer.

Ich will aber auch klar betonen: die kommunalen Spitzenverbände konnten mit dem Freistaat Bayern vereinbaren, dass der Kommunalanteil am Steuerverbund gestiegen ist, die Finanzausgleichsleistungen wurden um 608 Millionen Euro durch den Freistaat Bayern angehoben / für die Erfüllung staatlicher Aufgaben werden den Landratsämtern erneut neue Stellen zugewiesen. Trotz allem wird die Situation immer schwieriger.

Wir bringen heute einen Haushalt hier ein, der für die Städte und Gemeinden schwierig ist - es ist ein hoher Kreisumlagensatz – aber nur dadurch haben wir noch ein bisschen Luft zum Atmen, um unsere Pflichtaufgaben zu erfüllen. Durch intensives Verhandeln und Arbeiten ist ein noch höherer Kreisumlagensatz, wie teilweise in anderen Regionen weit über 50 Prozent, vermieden worden. Ich war selbst Bürgermeister und bin mir bewusst, was diese Haushaltsrunde 2025 für uns alle, vor allem für die Städte und Gemeinden, heißt. Ich sage aber auch klar und deutlich: es ist nicht unsere Verantwortung, dass kaum etwas bleibt!

Wir müssen auch wissen, dass wir – und ich nutze ein Bild unseres Kämmerers – den nasen „Spar“-Schwamm schon im Jahr 2024 ausgedrückt haben und 2025 kaum noch etwas aus dem Schwamm herauskommt. All dies ist nur schwer verdaulich, aber auch leider nicht anders möglich.

Trotz all dieser Umstände habe ich bei den Beratungen aber nichtsdestotrotz ein Gemeinschaftsgefühl erlebt – mit fairen Diskussionen und einem fairen Austausch. Nur dieses Gemeinschaftsgefühl macht es möglich einen solchen Haushalt aufzustellen. Ich bedanke mich gleich zu Beginn bei unserer Kämmerei für die intensive und gute Arbeit der letzten Wochen und Monate. Auch ihr habt intensiv nach Lösungen gesucht und in vielen Bereichen diese auch gefunden. Ebenso Danke an das komplette Haus, an die Führungskräfte, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – für das Verständnis, für die Einsparungen und das intensive Mitwirken bei diesem Haushalt. Jede Ausgabe ist auf den Prüfstand gestellt worden, wir müssen aber auch noch arbeitsfähig bleiben.

Danke sagen möchte ich aber auch der Kreispolitik, die in den letzten Wochen gemeinsam mit uns diesen Entwurf aufgestellt hat. Wie schon erwähnt: konstruktiv, fair und auf Augenhöhe. Bei all den Problemen und den Pflichtaufgaben ist es uns aber trotzdem gelungen an vielen Stellen investitionsfähig zu bleiben. Wir verbessern unsere Kreisstraßen. Wir gehen die ersten Planungen für die Sanierung der Realschule Neustadt an, schließen die Sanierung am Arnold-Gymnasium ab und Bauen weiter an der neuen Sporthalle für unsere beiden Neustadter Schulen.

Wir bauen auf Landkreisliegenschaften PV-Anlagen – dies schnell, um auch hier auf Dauer Kosten zu sparen. Wir arbeiten weiterhin an einer guten Mobilität im ÖPNV-Bereich, schaffen weiterhin gute Arbeitsbedingungen für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und verbessern die Technik in unserer Integrierten Rettungsleitstelle oder verbessern auch die Situation an unserer Mülldeponie in Blumenrod.

Kurz zusammengefasst: notwendige Maßnahmen setzen wir weiterhin um.

Ja, es ist Alarmstufe Rot im Haushalt, die Lage ist mehr als ernst! Nach unzähligen Krisen, sind wir mitten in der Nächsten – der Haushaltskrise!

Ich bin mir aber sicher, dass wir gemeinsam durch diese schwere Zeit kommen, wir müssen diese Kraftanstrengung gemeinsam bewältigen. Nochmals vielen herzlichen Dank für die Aufstellung dieses Zahlenwerks.

Der Kreiskämmerer stellte anhand eine Präsentation den Haushaltsplanentwurf 2025 vor. Dabei ging er besonders auf die aktuelle Haushaltssituation der Städte und Gemeinden ein und die damit einhergehende finanzielle Belastbarkeit in Bezug auf den Kreisumlagenhebesatz.

### Haushaltsrede Frank Rebhan, SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Landrat,  
liebe Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt 25 wurde vom Kämmerer wie erwartet, umfassend ausführlich und vielfach dargestellt. „Einen vergleichbar schwierigen, drückenden und durch Not geprägten Haushalt hatten wir letztmalig um die Jahrtausendwende. Also vor fast 25 Jahren.“ Mit diesem Satz habe ich meine Haushaltsrede vom vergangenen Jahr begonnen. Aber es geht immer noch schlimmer.

Das müssen wir mit den diesjährigen finanziellen Beratungen erfahren. Der Bezirk Oberfranken hat seine Umlage wiederum erhöhen müssen und weitere Erhöhungen in den kommenden Jahren sind zu erwarten. Die Sozialkosten explodieren weiter. Das hat unterschiedliche Gründe. Ich glaube allerdings nach wie vor nicht, dass die psychische Gesundheit so dramatisch abnimmt und die Krankheiten zunehmen. Ich glaube, dass es vielfach um finanzielle Interessen Dritter geht, bis hin zur Abzocke. Wir haben die gleiche Entwicklung bei uns im Jugendhilfebereich. Wir müssen Heimkosten bezahlen, die sich im Einzelfall sich auf mehrerer 100.000 Euro pro Jahr belaufen – pro Kind wohl gemerkt!

Ich glaube nicht mehr an die Redlichkeit dieser Kosten. Ich glaube, dass es in Teilbereichen um üble Geschäftemacherei geht. Jüngste Enthüllungen, Überfinanzierung und Vorgehensweise bestimmter Heime unterstreichen diese Vermutungen. Ich glaube, dass wir uns zum einen im ganzen Land, aber auch hier vor Ort in diesem Jahr sehr intensiv mit den Umständen von Heimunterbringung, mit der Güte der dortigen Unterbringung, mit der Medikamentation von Kinder und mit den Kosten beschäftigen sollen und müssen. Die Entwicklung hier ist weder inhaltlich noch finanziell erträglich. Der sachliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand steigt von 2018 mit 18,5 Millionen bis zum Jahr 2025 auf über 30 Millionen Euro. Die Personalausgaben entwickeln sich von 2018 von gut 14 Millionen auf jetzt deutlich über 22 Millionen Euro. Dies ist zum einen den Tarifsteigerungen geschuldet, die wir in dieser Höhe nicht mehr verkraften können, zum anderen sind's Neueinstellungen. Diese Neueinstellungen sind in aller Regel nicht leichtfertig von uns vorgenommen worden, sondern wir waren gezwungen auf immer neue Aufgabenübertragungen durch Land und Bund zu reagieren.

Volkswirtschaftlich betrachtet verwalten wir uns in unserem Land immer mehr. Gleichzeitig fehlen im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe Mitarbeiter, die zur Produktivität ihren Teil leisten könnten. Betriebswirtschaftlich betrachtet schnürt uns das weiterhin die Luft zum Atmen ab. Wir prüfen und dokumentieren und prüfen und dokumentieren. Jeder lernt, sich nur noch abzusichern und keine Verantwortung mehr zu übernehmen, weil es zunehmend riskant wird. Staatliche Beamte werden nach wie vor danach beurteilt, ob sie möglichst keine Fehler machen – nicht etwa, ob sie das Land voranbringen, durch kluge und mutige Entscheidungen. Solange dieses System nicht grundlegend verändert oder auf den Kopf gestellt wird, wird auch Entbürokratisierung immer nur eine Worthülse bleiben. Selbst Entbürokratisierung führt im Einzelfall eben zu mehr Bürokratie, wie wir derzeit erleben müssen. Apropos: Mein Kollege Kanat Akin hat für die Fraktion der SPD im Landkreis nachgefragt, ob das staatliche Personal des Kreises durch den Staat auch voll finanziert wird. Die Antwort war, ich zitiere: „selbst, wenn die zur Verfügung gestellten Stellen für staatliches Personal im Einzelfall nicht ausreichen sollten, um die staatlichen Aufgaben zu bewältigen, sind wir als Landkreis Coburg nicht aus der Verpflichtung entlassen, die nötige Personalausstattung zu stellen.“

Später heißt es im Schreiben: „die Finanzaufweisungen werden in einem pauschalen System erbracht, das heißt nicht aufgeschlüsselt nach entsprechenden Aufgabenbereichen. Aufgrund dieser Pauschalierung ist eine konkrete Antwort nicht darstellbar.“ Dies erstaunt, da umgekehrt von uns jede Ausgabe, jede Förderung auf Heller und Pfennig zu belegen ist. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Städten und Gemeinden steht das Wasser bis zum Hals. Nein, das ist untertrieben. Eigentlich steht es nicht mal mehr Oberkante – Unterlippe, sondern schon darüber hinaus, nicht bei jeden – aber bei vielen. Ich kann aufgrund der Erhöhungen des Kreishaushaltes in meiner Funktion als Oberbürgermeister von Neustadt keinen ausgeglichenen, gesetzeskonformen Haushalt mehr vorlegen.

Den Letzten beißen die Hunde und das sind die Städte und Gemeinden. Das ist kein Vorwurf an den Landkreis, sondern eine Zustandsbeschreibung. 5 All dies ist nichts Neues. Wir haben im vergangenen Jahr bereits drastisch auf die sich zuspitzende finanzielle Situation hingewiesen. Wirklich getan hat sich nichts. Vom Freistaat kam zwar eine ganze Liste, wahlkampftechnisch aufbereitet, mit Entbürokratisierung Entscheidungen. Die Wahrheit ist allerdings, dass sich in den meisten Bereichen nichts verändert hat bzw. sich noch mehr Arbeit für die Kommunen und damit Kosten ergeben. Die Ministerialbürokratie leistet offensichtlich unhaltend Widerstand. Es scheint mir, dass die Expertise der Kommunen, also die Vorschläge unserer Verbände, wie man uns wirklich helfen könnte, nicht wirklich ihr Ziel gefunden haben.

Die durch die höhere Besoldung gewürdigte Intelligenz in den Ministerien hat sich wohl durchgesetzt. Ich erwarte nicht wirklich, dass sich das künftig ändern wird. Ich will meine diesjährigen Bemerkungen zum Haushalt aber nicht nur negativ beenden. Wir erleben, dass wir im Bereich Seniorenpolitik, das heißt in dem Bestreben, den Menschen im Coburger Land solange als irgend möglich selbstbestimmt in Würde zu Hause leben können, große beachtliche Erfolge erzielt haben. Mit großer Leidenschaft, Innovation, Fachexpertise und Einsatz ist dies unserem Seniorenbeauftragten Dr. Hasselkus mit Unterstützung der zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes wiederum eindrucksvoll gelungen. Dies hat 6 jedenfalls früher oder später Auswirkungen und zwar positive Auswirkungen auf die meisten Menschen im Landkreis Coburg. Dafür danke ich mir großen Respekt. Danken will ich auch den vielen Menschen in den Städten und Gemeinden, die sich im Bereich der Seniorenpolitik ehrenamtlich engagieren. Dies nehme ich auch gleich zum Anlass, allen Ehrenamtlichen, die sich in und für die Bevölkerung und für unsere Heimat engagieren ganz herzlich zu danken. Ohne sie wäre die Gesellschaft nicht nur ärmer, sondern sie würde nicht funktionieren, mit allen Konsequenzen. Und wenn ich schon beim Dankeschön bin - die Betriebe in unserer Region, mit ihren Chefs und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die trotz vieler Widrigkeiten nach wie vor wirtschaftlichen Erfolg haben und durch ihre Steuerzahlungen, heißt Gewerbesteuer, uns überhaupt ermöglichen unserer Aufgabe zu erfüllen - denen danke ich herzlich. Ohne die bräuchten wir uns über alles andere überhaupt nicht unterhalten, sondern müssten letztendlich unserer Arbeit niederlegen.

Herzlichen Dank und großen Respekt dafür. Liebe Kolleginnen und Kollegen, 7 ich will mich ausdrücklich bei all denen in der Verwaltung unserer Kreisbehörde bedanken, die sich selbst an Sparmaßnahmen beteiligt haben, Vorschläge gemacht haben und auch oft bittere Einschnitte in ihrem Bereich hinnehmen müssen. Ich bedanke mich auch ausdrücklich bei unserer Wirtschaftsförderung, die viele Kräfte mobilisiert, um gegen die zu erwartende Schwächung unseres Wirtschaftsraumes ankämpft. Ich bedanke mich bei allen Kolleginnen und Kollegen fraktionsübergreifend, die in welchem Gremium auch immer, ihrer Verantwortung für Kostenreduzierung nachgekommen sind. Bemängeln muss ich aber, dass wir nach meinem Dafürhalten in diesem Jahr nicht sonderlich effektiv waren. Sehr geehrter Herr Landrat, ich bedanke mich bei Ihnen unter anderem für die Transparenz und Offenheit und die Einbeziehung der politischen Fraktionen, in Streichung, Kürzung, also in die Aufstellung unseres diesjährigen Haushaltes, der trotzdem eine viel zu hohe Umlage abverlangt, wie wir alle wis-

sen. Sehr geehrter Herr Landrat, 8 ich glaube allerdings, dass wir selbst in unserer Vorgehensweise etwas ändern müssen. Wir dürfen nicht mehr warten bis zur Erstellung des nächsten Haushaltes, sondern wir müssen Veränderung, Anpassung, Hinterfragung von Ausgaben institutionalisieren. Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt und wir sollten uns umgehend in welcher Konstellation, in welchen Gremien auch immer baldmöglichst damit intensiv auseinandersetzen.

Ich biete Ihnen die Mitarbeit der Fraktion der SPD dafür an. Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Kämmerer und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Erstellung des Haushaltes. Keine leichte Aufgabe. Ich bedanke mich auch hier für die Transparenz und Offenheit und die gleiche Augenhöhe. Die Fraktion der SPD stimmt dem vorliegenden Haushaltsentwurf – wenn auch zähneknirschend – zu.

#### Haushaltsrede Bernd Lauterbach, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Es freut uns, dass in finanziellen schwierigen Zeiten unsere Kämmerei mit engagierten und sehr guten Beschäftigten besetzt ist. Danke, dass versucht wurde die Haushaltsvorberatung transparent zu gestalten und die AUSGABEN in Griff zu bekommen. Leider war es nur bedingt möglich, weil die freien Ausgaben nur sehr gering sind. Trotzdem wurden manche Millionenvorschläge, wie z. B. ein neues Katastrophenzentrum zu schaffen in die Zukunft verschoben. Wie schnell unsere Einsparungen obsolet sind zeigte sich bei der heutigen dringlichen Anordnung des Landrats. Umso bedeutsamer sind die Bemühungen der Personalabteilung zu bewerten, wenn bei einer Erhöhung auf über 400 Stellen, ca. 10 Stellen nicht besetzt werden. Das zeigt die Verwaltung kann und muss selbst wirtschaftlich handeln und sparsam mit öffentlichen Mitteln umgehen. Gleichzeitig muss aber auch versucht werden uns zustehende Mittel zeitnah einzufordern. Dies hoffen wir ist wieder mal aufs Gleis gesetzt, auch unter dem Gesichtspunkt, dass bei Ruhestandsabgängen die Wissensweitergabe erfolgreich erfolgen muss. Der Kreis hat sich intensiv bemüht die Kreisumlage nicht zu stark steigen zu lassen, dies ist nur befriedigend gelungen, trotzdem schlagen die Grünen vor, den Landkreis ins nächste Haushaltsjahr vorrücken zu lassen.

Haushaltsrede Udo Döhler, ULB-Fraktion

Sehr geehrter Herr Landrat, werte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,

die Aufstellung des Haushalts hat wieder einmal gezeigt, dass wir auch auf Kreisebene derzeit nicht nur gesellschaftlich und politisch, sondern auch wirtschaftlich und finanziell in äußerst herausfordernden Zeiten leben. Der nun zur Abstimmung vorliegende Haushalt tut allen weh. Dem Kämmerer, der eigentlich mehr Einnahmen bräuchte, um den Haushalt solide zu finanzieren. Den Aufgabenträgern, die eigentlich mehr Geld zur Finanzierung ihrer Aufgaben bräuchten und ganz besonders den Gemeinden, die letztendlich die Zeche über die Kreisumlage zahlen müssen. Schaut man sich die Zahlen der letzten Jahre an, sieht man sehr schnell, dass wir eigentlich kein Einnahmen- sondern zuallererst ein Ausgabenproblem haben. Trotz stetig steigender Steuer- und Umlagekraft, die zu höheren Kreisumlageeinnahmen führt, reicht dies nicht aus, die überproportional steigenden Ausgaben auszugleichen. Allein von 2022 bis 2024 ist die Kreisumlage um 10 Mio Euro gestiegen. In diesem Jahr soll sie nun um weitere 4 Mio steigen. Und es reicht trotzdem nicht. Seit 2023 sind demgegenüber die Ausgaben im Verwaltungshaushalt um fast 20 Mio Euro gestiegen! Schon der Haushalt 2026, also im Jahr 1 nach dem Regiomed-Beschluss zeigt, dass uns auch ohne Regiomed und Klinikneubau - für den wir übrigens trotzdem 15 Mio Euro aufbringen müssen - des Wasser bis zur Oberkante der Unterlippe steht. Mit Regiomed und Klinikneubau wären wir schon im laufenden Jahr im Landkreis und den Gemeinden abgesoffen, um es bildlich auszudrücken.

Die stetig steigenden Ausgaben im Verwaltungshaushalt führen, dazu, dass dem Vermögenshaushalt nicht genügend freie Mittel zur Finanzierung von Investitionen zugeführt werden können. Zusätzlich werden die Rücklagen auf ein Mindestmaß abgeschmolzen, so dass es uns künftig unmöglich wird, ohne horrende Kreditaufnahmen unsere Kreisinfrastruktur kontinuierlich instandzuhalten, geschweige denn auszubauen. Wir haben es zwar in diesem Jahr geschafft, durch Verschiebung von notwendigen Baumaßnahmen den Mittelbedarf für Investitionsvorhaben auf ein Mindestmaß zu reduzieren und durch Finanz-Jonglage die Kreditneuaufnahme auf Rechnung 2025 zu minimieren. Aber leider ist aufgeschoben nicht aufgehoben. In den nächsten Jahren werden wir umso schneller davon eingeholt und werden aus unseren Finanzproblemen nicht herauskommen, wenn wir nicht alle Möglichkeiten nutzen, die Ausgabensteigerungen im Verwaltungshaushalt in den Griff zu bekommen. Lieben Kolleginnen und Kollegen - betrachtet man den Schuldenstand, dann wird einem schwindlig: seit 2023 soll dieser von knapp 18 Mio Euro auf 31 Mio Euro Ende 2025 steigen und 2027 bei 50 Mio Euro liegen, wenn wir nicht endlich gegensteuern und das alles ohne Klinikneubau!

Wir fordern seitens der ULB, dass seitens Führung des Landratsamtes alles Mögliche unternommen wird, um sämtliche Einsparungspotenziale im Sach- und Betriebsaufwand und auch im Personalaufwand zu lokalisieren und auszuschöpfen, sowohl im Einkauf, im Verwaltungshandeln, Überprüfen der Notwendigkeit von Projekten und in der Organisation der Verwaltung. Die Aufgaben des Personals haben sich in den letzten Jahren gewandelt und durch die Digitalisierung verändert. Deshalb wird es unserer Auffassung nach notwendig, künftig sehr kritisch alle Fachbereiche auf ihren tatsächlichen Personalbedarf zu überprüfen.

Z. B. möchte ich die Bauaufsicht anführen: In den letzten Jahren hat die Anzahl der zu bearbeitenden Bauanträge massiv abgenommen und geht fast gegen Null. Es stellt sich deshalb die Frage, ob der Personaleinsatz in diesem Bereich nicht reduziert werden kann. Und so wird es in vielen Bereichen sein. Künftig sollte bei zusätzlichen Personalbedarfen in einzelnen Fachbereichen zuallererst geprüft werden, ob diese nicht durch Umsetzungen im Amt gedeckt werden können. Mittelfristig muss der Personalstand im LRA gesenkt werden, um signifikante Einsparungen zu erreichen.

Um die angesprochenen Einsparungspotenziale zu heben, ist es unserer Auffassung nach notwendig, nicht erst ab Januar über Einsparungspotenzial zu beraten, sondern, wie schon im letzten Jahr von uns gefordert, direkt nach Abschluss der Haushaltberatungen 2025, eine Sparkommission zu bilden, die sich im Vorfeld der Haushaltsberatungen für 2026 damit beschäftigt, die Ausgabesituation im Verwaltungshaushalt in den Griff zu bekommen und merklich zu entschärfen.

Werte Kolleginnen und Kollegen - unser Ziel muss es sein und Forderung der ULB ist es, dass in den kommenden Jahren die Kreisumlage nicht nur nicht steigt, sondern sogar wieder gesenkt werden kann. Ansonsten wird die Aufgabenerfüllung der Gemeinde komplett abgewürgt.

Wir danken dem Kämmerer und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie allen aus Verwaltung und Kreistag, die an der Aufstellung des Haushalts konstruktiv mitgearbeitet haben und werden seitens der ULB-Fraktion diesem Haushalt wie es Markus Mönch sagen würde - mit erheblichen Bauchschmerzen - zustimmen.

Im Rahmen des Tagesordnungspunktes erfolgten noch freie Reden von Kreisrat Marco Steiner für die Fraktion der Freien Wähler, Kreisrat Rainer Mattern für die CSU-Fraktion und Kreisrat Christoph Raabs.

#### Beschluss

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025 wird hiermit festgesetzt.

Die Haushaltssatzung 2025 wird zum Bestandteil dieses Beschlusses erklärt.

Die Würdigung der Umlagenzahler bei der Festsetzung der Kreisumlage wurde gewürdigt.

Einstimmig

Zu Ö 10 Anfragen

Keine

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 16:35 Uhr.

Coburg,

Vorsitzender

Schriftführerin

Sebastian Straubel  
Landrat

Frances Schimpf  
Verwaltungsangestellte

II. Niederschrift an:

alle Mitglieder des Kreistages zur Kenntnisnahme über das Gremieninformationssystem

III. Niederschrift per Session

- Geschäftsbereich Z Frank Altrichter
- Geschäftsbereich 2 Ulrike Stadter
- Geschäftsbereich 3 David Filberich
- Geschäftsbereich 4 Julia Bauersachs
- S1 Sandra Räder
- P 1 Martin Schmitz
- P 2 Anja Zietz
- Z 3 Christian Kern

zur Kenntnisnahme

IV. Beschlussniederschriften fertigen

V. z.A.